

Newsletter

Tirol-Büro Brüssel



Themen in dieser Ausgabe

Neues aus den Institutionen

Europäische Kommission

- [Vorstellung des European Green Deals](#) 2
- [Gesundheitszustand: Bericht der Kommission und Länderspezifisches Gesundheitsprofil](#) 3

Europäisches Parlament

- [Parlamentsabgeordnete mit hohen Erwartungen für Klimagipfel in Madrid](#) 4
- [Artenvielfalt: Abgeordnete fordern rechtsverbindliche Ziele](#) 5
- [Jugendschutz: Parlament und Rat zum Schutz des Kindeswohls](#) 6

Europäischer Rat

- [Ausschuss der Regionen: Rat ernannt Mitglieder für die Mandatsperiode 2020-2025](#) 7

Sonstiges

- [Eurobarometer: Schutz der Menschenrechte führt Liste der EU-Werte in Umfrage](#) 8
- [Transitkonferenz Im Tirolbüro](#) 9

Laufende Konsultationen 10

Tagesordnungen der Institutionen 11

Impressum 11

Gemeinsame Vertretung der
Europaregion Tirol-Südtirol-
Trentino bei der EU

Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45-47
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu



Europäische Kommission

Vorstellung des European Green Deals

Die Europäische Kommission hat am 11. Dezember den Europäischen Green Deal vorgestellt - einen Fahrplan, um die Wirtschaft der EU nachhaltig zu gestalten, indem Klima- und Umweltprobleme in Chancen für alle Politikbereiche umgewandelt und der Übergang für alle gerecht und inklusiv gestaltet werden.

Präsidentin Ursula von der Leyen sagte: „Der European Green Deal ist unsere neue Wachstumsstrategie - für ein Wachstum, das mehr zurückgibt als wegnimmt. Es zeigt, wie wir unsere Lebens- und Arbeitsweise, unsere Produktions- und Konsumgewohnheiten so verändern können, dass wir gesünder leben und unsere Unternehmen innovativ machen. Wir können alle in den Übergang einbezogen werden und wir können alle von den Möglichkeiten profitieren. Wir werden unserer Wirtschaft helfen, weltweit führend zu sein, indem wir uns zuerst und dann schnell bewegen. Wir sind entschlossen, um dieses Planeten und seines Lebens willen erfolgreich zu sein - für das europäische Naturerbe, für die biologische Vielfalt, für unsere Wälder und unsere Meere. Indem wir dem Rest der Welt zeigen, wie man nachhaltig und wettbewerbsfähig ist, können wir andere Länder davon überzeugen, mit uns zu ziehen. '

Der European Green Deal enthält eine Roadmap mit Maßnahmen zur Steigerung der Ressourceneffizienz durch den Übergang zu einer sauberen Kreislaufwirtschaft, zur Eindämmung des Klimawandels, zur Rückführung des Verlusts der biologischen Vielfalt und zur Verringerung der Umweltverschmutzung. Es werden die erforderlichen Investitionen und verfügbaren

Finanzierungsinstrumente aufgeführt und erläutert, wie ein gerechter und integrativer Übergang sichergestellt werden kann.

Um die Ziele des European Green Deal zu erreichen, sind erhebliche Investitionen erforderlich. Um die derzeitigen Klima- und Energieziele für 2030 zu erreichen, sind Schätzungen zufolge zusätzliche jährliche Investitionen in Höhe von 260 Mrd. EUR erforderlich, was etwa 1,5% des BIP von 2018 entspricht. Diese Investition erfordert die Mobilisierung des öffentlichen und des privaten Sektors. Die Kommission wird Anfang 2020 einen Investitionsplan für ein nachhaltiges Europa vorlegen, um den Investitionsbedarf zu decken. Mindestens 25% des langfristigen EU-Haushalts sollten für Klimaschutzmaßnahmen bereitgestellt werden, und die Europäische Investitionsbank, Europas Klimabank, wird weitere Unterstützung leisten. Damit der Privatsektor einen Beitrag zur Finanzierung des grünen Übergangs leisten kann, wird die Kommission 2020 eine Strategie für eine umweltfreundliche Finanzierung vorlegen.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#)



Europäische Kommission

Gesundheitszustand: Bericht der Kommission und Länderspezifisches Gesundheitsprofil

Die Europäische Kommission hat zu den Gesundheitssystemen von 30 Ländern umfassende Berichte veröffentlicht. Die länderspezifischen Gesundheitsprofile werden zusammen mit einem Begleitbericht herausgegeben, in dem einige der wichtigsten Trends bei der Umgestaltung unserer Gesundheitssysteme herausgearbeitet werden.

Die wichtigsten Ergebnisse und Trends des länderübergreifenden Berichts sind:

- Die Impfskepsis ist eine große Bedrohung für die öffentliche Gesundheit in ganz Europa;
- Der digitale Wandel bei Gesundheitsförderung und Krankheitsprävention kann zu Gewinnern und Verlierern führen.
- Immer noch ist die Gesundheitsversorgung nicht überall in der EU vollständig zugänglich.
- Innovationen zur Verwirklichung eines Qualifikations-Mixes bei den Beschäftigten im Gesundheitswesen bergen ein hohes Potenzial für die Stärkung der Widerstandsfähigkeit von Gesundheitssystemen.
- Der Lebenszyklus von Arzneimitteln bietet den Mitgliedstaaten breiten Spielraum für eine Zusammenarbeit zur Gewährleistung sicherer, wirksamer und erschwinglicher Therapien.

Österreich konnte laut Bericht sein Gesundheitssystem verbessern, aber nach wie vor ist mit großen Herausforderungen zu rechnen, vor allem die überalternde Bevölkerung. Seit 2000 konnte Österreich seine durchschnittliche Lebenserwartung um 3,4 Jahre auf 81,7 Jahre erhöhen. Einer der Hauptrisikofaktoren für verfrühtes Sterben ist in Österreich nach wie vor das Rauchen. Zwar sinkt der Anteil der RaucherInnen in der Bevölkerung, dennoch ist der Anteil nach wie vor höher als in den meisten EU-Staaten.

Den ausführlichen Bericht mit allen Details, Risikofaktoren und Herausforderungen finden Sie unter:

[Gesundheitszustand der EU - Pressemitteilung](#)

[Österreichisches Gesundheitsprofil 2019](#)



Europäisches Parlament

Parlamentsabgeordnete mit hohen Erwartungen für Klimagipfel in Madrid

Eine offizielle Delegation des Europäischen Parlaments wird vom 09. bis zum 14. Dezember an der UN-Klimakonferenz COP25 im spanischen Madrid teilnehmen. Die Delegation wird von Bas Eickhout (Niederlande) mit Peter Liese (Deutschland) als stellvertretendem Vorsitzendem geleitet.

„Während technische Probleme sehr wichtig sind, ist es das Wichtigste, trotz Donald Trumps Rückzug aus dem Pariser Abkommen weiter für das gemeinsame Ziel zu arbeiten. Ich unterstütze die Initiative von Ursula von der Leyen, ein internationales Bündnis einzugehen, um den Ehrgeiz bei den Nationally Determined Contributions (NDCs) zu steigern. Die Entwicklungen in China, Indien, Südafrika und Kanada zeigen, dass wir, wenn wir richtig handeln, nicht die einzigen sind, die ehrgeiziger sein können“, sagt Peter Liese stellvertretender Vorsitzender der Delegation.

Am 28. November 2019 hat das Europäische Parlament einen Klimanotfall in Europa und weltweit ausgerufen. Die Europaabgeordneten forderten außerdem, dass alle einschlägigen Legislativ- und Haushaltsvorschläge der EU vollständig mit dem Ziel in Einklang gebracht werden, die globale Erwärmung auf unter 1,5 °C zu begrenzen.

Am selben Tag billigte das Parlament auch eine Entschließung zur COP25, in der die EU aufgefordert wurde, sich zu einer möglichst baldigen Erreichung der Klimaneutralität (und spätestens bis 2050) zu verpflichten und dieses Ziel der UN-Konvention zum Klimawandel vorzulegen. Die Europaabgeordneten forderten die EU-Länder nachdrücklich auf, ihre Beiträge zum internationalen Fonds für umweltfreundliches Klima mindestens zu verdoppeln.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#)



Europäisches Parlament

Artenvielfalt: Abgeordnete fordern rechtsverbindliche Ziele

Die Biodiversitätskonferenz der Vereinten Nationen für das nächste Jahr, die COP15, sollte der Biodiversitäts-Äquivalent des Pariser Übereinkommens zum Klimawandel sein, so der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments.

Der Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit ist der Ansicht, dass die bevorstehende COP15-Konferenz zur biologischen Vielfalt das Äquivalent zur biologischen Vielfalt des Pariser Klimaschutzabkommens sein sollte, und möchte, dass die EU eine Vorreiterrolle übernimmt. In diesem Zusammenhang fordern sie rechtsverbindliche Ziele auf globaler und EU-Ebene, um die Ambitionen zu erhöhen und sicherzustellen, dass die Maßnahmen zur Bekämpfung der globalen biologischen Vielfalt nach 2020 wirksam sind. Insbesondere sollen bis 2030 30% des EU-Territoriums aus natürlichen Flächen bestehen und 30% der degradierten Ökosysteme wiederhergestellt werden.

Die Europaabgeordneten fordern die Kommission und die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, sich zu "sofortigen, substanziellen und zusätzlichen" Anstrengungen in Form von rechtsverbindlichen Zielen für den Erhalt und die Wiederherstellung der biologischen Vielfalt zu verpflichten, um die EU-Ziele zu erreichen und den derzeitigen Verlauf des Verlusts der biologischen Vielfalt zu stoppen.

Sie möchten, dass die Ziele der biologischen Vielfalt in allen politischen Maßnahmen der EU berücksichtigt werden, und fordern, dass die biologische Vielfalt im Rahmen des nächsten langfristigen EU-Haushalts 2021-2027 (MFR) ausreichend finanziert wird, um die Ziele der VN-Vision 2050 zur Erhaltung der biologischen Vielfalt zu erreichen. Sie sagen, dass mindestens 10% des langfristigen EU-Haushalts die Bemühungen zur Verbesserung der biologischen Vielfalt unterstützen sollten. Die Entschließung wird mit 60 Stimmen ohne Gegenstimme bei 9 Stimmenthaltungen angenommen.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#)



Europäisches Parlament

Jugendschutz: Parlament und Rat zum Schutz des Kindeswohls

Am 26. November 2019 verabschiedete das Europäische Parlament die Entschließung „Die Rechte des Kindes anlässlich des 30. Jahrestags des Übereinkommens über die Rechte des Kindes“. Der Rat der EU veröffentlichte am 27. November 2019 Schlussfolgerungen zum Schutz des Kindeswohls im Sport. Beide Dokument befassen sich anlässlich des Jubiläums der UN-Kinderrechtskonvention, mit aktuellen Herausforderungen und Zielen bei der Gewährleistung des Kindeswohls. Angesprochen werden insbesondere der Schutz vor Missbrauch jeder Art und Beteiligungsformen für Kinder an politischen Entscheidungsprozessen.

Strategie für die Rechte von Kindern und gegen Missbrauch

Das Parlament fordert die Präsidentin der EU-Kommission u.a. auf, eine Vertreterin der EU für die Rechte des Kindes zu benennen sowie ein EU-Zentrum für den Schutz von Kindern einzurichten. Zudem begrüßt es die Zusage der Kommission, eine neue Strategie für die Rechte der Kinder vorzulegen. Darüber hinaus hält es eine nationale Strategie und einen ganzheitlichen Ansatz zur Bekämpfung von sexueller Gewalt und von Kindesmissbrauch sowohl online als auch offline für notwendig.

Europäische Kindergarantie und Europäisches Semester

Das Parlament fordert die Mitgliedsstaaten ferner auf, die Einführung einer europäischen Kindergarantie zu unterstützen, um einen Beitrag zum gleichberechtigten Zugang zu kostenloser Gesundheitsversorgung, Bildung, Kinderbetreuung, angemessenem Wohnraum und Ernährung zu leisten.

Beteiligung bei der politischen Entscheidungsfindung

Das Parlament fordert die Kommission und die Mitgliedsstaaten auf, die Bukarester Erklärung über die Beteiligung von Kindern auszuarbeiten und umzusetzen. Es betont, dass die Kultur der Beteiligung von Kindern u. a. auf lokaler, regionaler, nationaler oder europäischer Ebene ausgebaut werden kann und dass dies der Gesellschaft kurz- und langfristige Vorteile bieten könne. Die Mitgliedsstaaten sollten Kinder stärker an ihrer Gesetzgebung beteiligen und sinnvolle Mechanismen für die Beteiligung von Kindern an der Arbeit europäischer, nationaler, regionaler und lokaler parlamentarischer Versammlungen einrichten, wie z.B. Kinderräte.



Europäischer Rat

Ausschuss der Regionen: Rat ernennt Mitglieder für die Mandatsperiode 2020-2025

Der Rat hat am 10. Dezember 181 Mitglieder und 181 stellvertretende Mitglieder des Ausschusses der Regionen für dessen neue fünfjährige Mandatsperiode ernannt. Die neue Mandatsperiode läuft vom 26. Januar 2020 bis zum 25. Januar 2025.

Der Ausschuss der Regionen besteht derzeit aus 350 Vertretern regionaler oder lokaler Gebietskörperschaften, die entweder ein auf Wahlen beruhendes Mandat in einer regionalen oder lokalen Gebietskörperschaft innehaben oder gegenüber einer gewählten Versammlung politisch verantwortlich sind. Die Größe des Ausschusses wird auf 329 Mitglieder verringert, sobald das Vereinigte Königreich die EU verlässt.

Der Rat ernennt die Mitglieder des Ausschusses sowie eine gleiche Anzahl von Stellvertretern gemäß den Vorschlägen der einzelnen Mitgliedstaaten. Die Mitglieder Österreichs für diese Mandatsperiode sind demnach wie folgt:

- Markus **ACHLEITNER**, Landesrat Oberösterreich
- Barbara **EIBINGER-MIEDL**, Landesrätin Steiermark
- Christian **ILLEDITS**, Landesrat Burgenland
- Peter **KAISER**, Landeshauptmann Kärnten
- Markus **LINHART**, Bürgermeister Bregenz
- Michael **LUDWIG**, Bürgermeister & Landeshauptmann Wien
- Johanna **MIKL-LEITNER**, Landeshauptfrau Niederösterreich
- Günther **PLATTER**, Landeshauptmann Tirol
- Franz **SCHAUSBERGER**, Sonderberater für Erweiterungsländer für EU-Kommission
- Matthias **STADLER**, Bürgermeister St. Pölten
- Hanspeter **WAGNER**, Bürgermeister Breitenwang
- Markus **WALLNER**, Landeshauptmann Vorarlberg

Die stellvertretenden Mitglieder:

- Hans Peter **DOSKOZIL**, Landeshauptmann Burgenland
- Martin **EICHTINGER**, Landesrat Niederösterreich
- Peter **FLORIAN SCHÜTZ**, Landtag & Gemeinderat Wien
- Peter **HANKE**, Stadtrat Wien
- Doris **KAMPUS**, Landrätin Steiermark
- Carmen **KIEFER**, Gemeinderätin Kuchl in Salzburg
- Sonja **LEDL-ROSSMANN**, Landtagspräsidentin Tirol
- Brigitta **PALLAUF**, Landtagspräsidentin Salzburg
- Herwig **SEISER**, Landtagsabgeordneter Kärnten
- Viktor **SIGL**, Landtagspräsident Oberösterreich
- Harald **SONDEREGGER**, Landtagspräsident Vorarlberg
- Hannes **WENINGER**, Landtagsabgeordneter Niederösterreich

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).



Sonstiges

Eurobarometer: Schutz der Menschenrechte führt Liste der EU-Werte in Umfrage an

Das Herbst-Eurobarometer des Parlaments fragt die Bürger traditionell, mit welchen politischen Themen sich das Europäische Parlament vorrangig befassen soll. Was die europäischen Werte betrifft, sieht eine klare Mehrheit der Bürger den weltweiten Schutz der Menschenrechte (48%), die Redefreiheit (38%), die Gleichheit zwischen Männern und Frauen (38%) und die Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten der EU (33%) als die wichtigsten Grundwerte, die es in der Europäischen Union zu bewahren gilt.

Obwohl die Prioritäten zwischen den Mitgliedstaaten stark variieren, führt der Klimawandel erstmals die Liste der vorrangigen Themen der Bürger an. Beinahe jede/r dritte Befragte (32%) möchte, dass das Parlament den Kampf gegen den Klimawandel als oberste Priorität behandelt. Der Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung (31%), der Kampf gegen den Terrorismus (24%) und Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit (24%) folgen auf den weiteren Plätzen in der Rangliste der vorrangigen Themen aller EU-Bürger.

Fast sechs von zehn Europäern (59%) befürworten die EU-Mitgliedschaft ihres Landes. Damit bleibt die Unterstützung der Bürger für die Europäische Union auch im dritten Jahr in Folge hoch. Das geht aus der Herbst-Ausgabe des Eurobarometers hervor, die vom Europäischen Parlament in Auftrag gegeben und im Oktober 2019 durchgeführt wurde. Die Ergebnisse zeigen auch eine gestiegene Zufriedenheit mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der Europäischen Union funktioniert: 52% (+3%p) der Europäer teilen diese Auffassung, was darauf hindeutet, dass die Europawahlen und die gestiegene Wahlbeteiligung positiv dazu beigetragen haben.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).



Sonstiges

Transitkonferenz im Tirolbüro

Gemeinsam mit den südtiroler und trentiner Kollegen wurde am 11. Dezember 2019 zur Transitkonferenz in der Rue de Pascale geladen. Die Konferenz beinhaltete Vorträge von Landeshauptmann Günther Platter, der EU-Parlamentsabgeordneten Barbara Thaler, der Direktorin des DG Move der Europäischen Kommission Elisabeth Werner, dem regionalen Minister für Trient Mirko Bisesti sowie dem stellvertretenden Landeshauptmann für Südtirol Daniel Alfreider per Videozuschaltung. Über 50 internationale Gäste aus verschiedenen Institutionen waren vor Ort.





Laufende Konsultationen

Die Europäische Kommission bietet eine Reihe an Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung. [Öffentliche Konsultationen](#) ermöglichen es Ihnen, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern. Die neuesten der laufenden Konsultationen finden Sie in der folgenden Liste.

[Evaluierung des Beitrags des ESF zur sozialen Inklusion](#)

Beschäftigung und Soziales

26 September 2019 - 19 Dezember 2019

[Agrarsubventionen – Übergangsbestimmungen](#)

Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

31 Oktober 2019 - 02 Januar 2020

[EU-Agrarpolitik – zulässiger Subventionsmix \(Direktzahlungen an Landwirte & Entwicklung des ländlichen Raums\)](#)

Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

31 Oktober 2019 - 02 Januar 2020



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen

Zu den laufenden Stellenausschreibungen in der EU gelangen Sie [hier](#).

EU-Bookshop

Interessante Veröffentlichungen aus der EU finden Sie [hier](#).

Impressum

Gemeinsame Vertretung der Europaregion Tirol -

Südtirol - Trentino bei der EU

Land Tirol

Rue de Pascale 45-47

B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00

Fax: 0032 2 742 09 80

E-Mail: info@alpeuregio.eu

Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:

Sandra Gintsberger

Paul Egger

Fotos:

© HorstWagner.eu